

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 1. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1918

42. Sitzung (30.07.1844)

urn:nbn:de:bsz:31-28968

Zweiundvierzigste öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 30. Juli 1844.

Gegenwärtig

die bisher erschienenen Mitglieder, mit Ausnahme:

- Er. Hoh. des Hrn. Markgrafen Wilhelm von Baden,
- Er. Durchl. des Hrn. Fürsten von Fürstenberg,
- des Fehrn. v. Böcklin,
- " " v. Göler d. j.,
- " Hrn. Forstmeisters v. Kettner,
- " " Großhofmeisters v. Bertheim,
- " " Generallieutenants v. Freystedt,

- des Hrn. Staatsraths Nebelius, und
 - " " Geheimen Legationsraths v. Marschall.
- Von Seite der Regierungscommission:
- Hr. Staatsminister v. Dusch,
 - " Staatsrath Jolly, und
 - " Ministerialassessor v. Böckh.

Unter dem Vorsitze des zweiten Vicepräsidenten, des Hrn. Staatsraths Wolff.

Das Präsidium legt eine Mittheilung der zweiten Kammer in Betreff des außerordentlichen Budgets des Ministeriums des Innern pro 1844/45 vor,

Beil. Nr. 248;

welche an die Budgetcommission verwiesen wird.

Fehr. v. Göler d. ä. erstattet hierauf Namens der Budgetcommission den Bericht über das außerordentliche Budget des Justizministeriums pro 1844/45,

Beil. Nr. 249.

Die Kammer beschließt mit Zustimmung der Regierungscommission die Discussion in abgekürzter Form und zwar zunächst über

§. 1. Für Vollendung der Centralstrafanstalt in Bruchsal 150,112 fl.

Reg. Comm. Staatsrath Jolly: Ich habe, was diese Position betrifft, den Ansichten Ihrer verehrlichen Commission nichts hinzuzufügen; sie sind die nämlichen, welchen die Regierung bisher huldigte.

Es herrscht allerdings fortwährend Streit darüber, welchem der beiden Systeme des Strafvollzugs der Vorzug gebühre; allein die meisten und besonders die gewichtigeren Stimmen sprechen sich für das System der völligen Absonderung aus. Unter solchen Umständen ist es gewiß rätlich, bei Erbauung eines neuen Zuchthauses die Einrichtung so zu treffen, daß, wenn nach den Erfahrungen, welche man machen wird, das angenommene System aufgegeben werden müßte, man an der Einführung des andern Systems nicht gehindert ist. Die Strafanstalt wird also mit dieser Rücksichtnahme gebaut, und zwar so, als ob, wenigstens vor der Hand, das System der völligen Absonderung eingeführt würde. Die größte Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die beiden Kammern sich dazu bei dereinstiger Vorlage eines dèssfalligen Gesetzes entschließen werden. Für den Fall, daß es bei diesem System verbleibt, ersparen wir einen Aufwand von etwa 92,000 fl.; so viel würde nämlich mehr ausgegeben werden müssen, wenn man später das System der beschränkten Absonderung und des gemeinschaftlichen Arbeitens einführen wollte. Im umgekehrten Falle würden etwa 10,000 fl. fruchtlos verwendet sein. Dieser Mehraufwand hat nämlich darin seinen Grund, daß die Zellen für das System der völligen Absonderung einen Fuß breiter, als für das aubornische System gebaut werden müssen, kann jedoch um so weniger in Betracht kommen, als die geräumigere Zelle, auch wenn sich die Absonderung auf die Nachtzeit beschränkt, der Gesundheit immerhin zuträglich ist. Unter den jetzigen Verhältnissen wäre es offenbar thöricht, kleinere Zellen zu bauen; denn vorausgesetzt, daß man sich von den Vorzügen des strengern Systems erst später überzeugt — und dieses dürfte nach aller Wahrscheinlichkeit zuletzt dennoch angenommen werden, — so wäre man durch die bauliche Einrichtung gehindert, dieses nämliche System zur Anwendung zu bringen. Der ganze Bau würde alsdann dem Endzweck nicht entsprechen; man hätte 350,000 fl. vergebens aufgewendet, während wir jetzt nur Gefahr laufen, höchstens 10,000 fl. mehr, als nothwendig, auszugeben.

Geh. Rath Vogel: Ich bin mit dem Antrage der Commission auch einverstanden, und würde daher nichts gesagt haben, wenn nicht nach den Bemerkungen des Hrn. Präsidenten des Justizministeriums zu erwarten wäre, daß

die Großherzogliche Regierung sich für das System der gänzlichen Isolirung der Sträflinge aussprechen werde. Der hohe Grad von Wahrscheinlichkeit, von welcher der Hr. Regierungskommissär gesprochen hat, läßt dieses vermuthen, und deswegen halte ich nach meiner Ueberzeugung mich verpflichtet, in Kürze zu erklären, daß es mein inniger Wunsch ist, die Großherzogliche Staatsregierung möchte sich für das System der absoluten Isolirung nicht aussprechen, sondern das System der beschränkten Isolirung annehmen, und hiernach die gesetzliche Vorlage machen.

Die hohe Wichtigkeit des Gegenstandes hat mich veranlaßt, mit Aufmerksamkeit die Fortschritte in diesem Gebiete der Strafrechtskunde zu verfolgen, so weit es mir möglich ist.

Es haben sich so viele und verschiedene Ansichten ausgesprochen, ja sogar die Erfahrungen, welche eigentlich den richtigsten Maßstab abgeben sollten, widersprechen sich so mannichfaltig, daß man mit Recht behaupten kann, wie dies auch der Hr. Berichterstatter bemerkt hat, die Acten seien noch nicht geschlossen, und man könne sich eine feste Ansicht kaum bilden. Allein aus Dem, was bis jetzt geschehen ist, und aus den Beobachtungen erfahrener Männer, welche theils aus eigenem wissenschaftlichen Interesse, theils beauftragt von Staatsregierungen, Reisen gemacht haben, um diese Anstalten überall an Ort und Stelle einzusehen, und aus wissenschaftlichen Nachweisungen und Erörterungen in geschätzten Druckschriften geht, wenigstens für mich, die Ansicht hervor, daß eine überwiegende Zahl von Stimmen sich für beschränkte Isolirung ausspricht. Dasjenige, was ich selbst in Strafanstalten beobachtet habe, hat mich in meiner Meinung für die beschränkte Isolirung bestärkt. Eine der bedeutendsten Anstalten ist die in Gent, worin das System der beschränkten Isolirung stattfindet. Man hat dort vor einiger Zeit einen Versuch völliger Isolirung theilweise gemacht, ist aber davon wieder abgegangen.

In Vестreich, wo noch keine Strafanstalten der neuen Art bestehen, wo aber der Befehl gegeben ist, eine neue große Anstalt bei Wien zu errichten, hat man sich für das System der beschränkten Isolirung ausgesprochen. In Preußen ist ein bestimmtes System zur Zeit im Allgemeinen noch nicht angenommen, es wird aber dieser Frage eine hohe Aufmerksamkeit gewidmet und einzelne neue Anstalten sind eingez

führt. Im Königreich Sachsen wurde von der Regierung erklärt, daß sie die absolute Isolirung nicht einführen werde. Auch in der berühmten Musteranstalt in London besteht keine gänzliche Isolirung.

Ich werde bei der hohen Kammer keiner Entschuldigung bedürfen, wenn ich in diesen umfassenden Gegenstand jetzt nicht weiter eingehe. Ich bin aber so dringend und innig überzeugt, daß das System der beschränkten Isolirung vorzuziehen ist, daß ich mich gegen mich selbst nicht hätte rechtfertigen können, wenn ich gar nichts darüber gesagt hätte. Ich glaube, wenn ich prophezeien darf, daß man zu der Ansicht gelangen wird, daß weder das System der beschränkten noch das der gänzlichen Isolirung allein und ausschließlich das richtige sei, sondern daß ein gemischtes System als das zweckmäßigste erkannt werden wird, wornach besonders bei kürzeren Strafzeiten und im Anfang und nach Erforderniß auch im Laufe längerer Strafzeiten die gänzliche Isolirung angewendet werden kann. Der Plan in Beziehung auf den Bau, von welchem die Großherzogliche Regierung ausgegangen ist, kann nur gebilligt werden.

Reg. Comm. Staatsrath Jolly: Es kann auch meine Absicht nicht sein, diesen Gegenstand jetzt zur Discussion zu bringen; dazu wird die Regierung später noch förmliche Veranlassung geben.

Für das System der völligen Absonderung will ich mich zur Zeit nur auf den Umstand berufen, daß die französische Deputirtenkammer, in welcher Männer sitzen, die sich mit dem fraglichen Gegenstande hauptsächlich beschäftigten, und die nordamerikanischen sowohl, als die englischen Strafanstalten aus eigener Wahrnehmung kennen, erst unlängst das nämliche System mit einiger Beschränkung angenommen hat, indem sie es zwar nicht für die ganze Strafzeit, allein doch für einen größern Theil derselben eingeführt wissen will. Die Frage ist übrigens von der Art, daß sie in nächster Zeit ihre definitive Lösung nicht erhalten kann; sie unterliegt zum Theil noch den Erörterungen der Wissenschaft, vorzüglich aber kommt es darauf an, welche Ergebnisse die weitem Erfahrungen liefern. Selbst eine provisorische Norm dürfte jedoch, wegen hoher Wichtigkeit der Sache im Wege der Gesetzgebung zu erlassen sein; es wird daher den Kammern

eine Vorlage hierüber von Seiten der Regierung gemacht werden.

Zu den übrigen Positionen des außerordentlichen Budgets dieses Ministeriums wird nichts bemerkt, und dieses sofort dem Commissionsantrage gemäß genehmigt.

Der Tagesordnung zufolge berichtet Frhr. v. Andlaw, Namens der Budgetcommission,

1) über das ordentliche und nachträgliche Budget der Postverwaltung, Beil. Nr. 250;

die Kammer beschließt die Discussion darüber in abgekürzter Form.

Geh. Rath v. Red: Der Hr. Berichterstatter hat als ein Mittel, den Eilwageneurs zwischen Basel, Freiburg und Offenburg mit dem Eisenbahneurs in eine angemessenere Verbindung zu bringen, vorgeschlagen, die Route über Lörrach und Kandern, welche einen Umweg enthalte, abzuändern. Ich war die Veranlassung zu dieser Bemerkung in der Commission, wünsche jedoch nicht, daß diese Posteinrichtung, welche für beide Städte und die umliegenden Ortschaften von großem Interesse ist, und nach vielen Vorstellungen derselben, und nachdem die Kammern selbst bei den früheren Budgetsberathungen ihre Zustimmung gegeben hatten, eingeführt wurde, jetzt wieder abgeändert werde. Es würde diese Maßregel eine üble Sensation verursachen und der Gerechtigkeit nicht entsprechen; denn die genannten Städte und Ortschaften, durch deren Gemarkung die fragliche Straße führt, haben dieselbe aus eigenen Mitteln für die Eilwagen fahrbar gemacht. Auch wäre eine Abänderung der bisherigen Einrichtung um so weniger geeignet, als die Eisenbahn in zwei Jahren jene oberen Gegenden durchschneiden, und alsdann eine Verbindung mit dem Kanderner Thale über den Schliengener Berg oder über Liel nothwendig werden wird. Man würde also eine bestehende Einrichtung aufheben, und nach einem kurzen Zeitraum wieder herstellen müssen.

Es sind noch verschiedene andere Bemerkungen von dem Hrn. Berichterstatter gemacht worden, welche schwierige Fragen des Postwesens berühren, und allerdings die Aufmerksamkeit der Regierung verdienen. Ich zweifle übrigens nicht, daß die Postbehörden und das Ministerium selbst sich

mit diesen wichtigen Fragen schon mehrfach beschäftigt haben. Ich finde keine Veranlassung, an diesen sehr interessanten Bemerkungen etwas anzustellen, möchte mich jedoch ohne nähere Erwägung nicht gerade für die eine oder andere Meinung entscheiden.

Reg. Comm. Staatsminister v. Dusch: Es ist zu bedauern, daß wegen der Kürze der Zeit der Hr. Oberpostdirector, der in Dienstgeschäften abwesend ist, nicht mehr einrufen werden, und der Druck des Commissionsberichts vor der Berathung desselben nicht stattfinden konnte. Die Regierung hätte alsdenn Gelegenheit gehabt, in die Sache näher einzugehen, und eine ausführliche Beantwortung eintreten zu lassen. Da nun dieses nicht möglich ist, so muß sich die Regierung darauf beschränken, die ausgesprochenen Wünsche und Bemerkungen, deren Werth sie vorderhand dahin gestellt sein läßt, zur Kenntniß zu nehmen, und im Allgemeinen die Versicherung zu geben, daß sie dieselben mit Vergnügen prüfen, und beachten wird, insofern sie sich von ihrer Nützlichkeit und Ausführbarkeit überzeugen kann. Es ist namentlich bemerkt worden, daß man zweckmäßigere Einrichtungen in Bezug auf die Verbindung der Eilwagen und neuen Eisenbahncurse hätte treffen können. Ich habe schon in der Commissionsberathung erklärt, daß dieses in der kurzen Zeit, welche seit der Eröffnung der Bahn von Karlsruhe nach Offenburg verfloßen ist, nicht möglich war, weil die Postverwaltung durch Verträge mit andern Regierungen gebunden ist, eine bestimmte Zeit einzuhalten. Man ist indeß mit den betreffenden auswärtigen Postverwaltungen in Communication getreten, um so bald als möglich diese Mißstände zu entfernen und den schnelleren Cours der Eisenbahnen mit den langsamern Coursen der Eilwagen in Harmonie zu bringen.

Es ist ferner bemerkt worden, daß der Briefpostertrag sehr im Steigen begriffen, und daher die Vorlage der Regierung hinsichtlich der Einnahmen nicht ganz richtig sei. Ich muß darauf erwidern, daß wir es nur mit einem Zeitraum von 2 Jahren zu thun haben, nämlich den Jahren 1844 und 1845, daß der Ausfall der Fahrposten klar vorliegt, und eine Erhöhung des Briefpostertrags nicht so bedeutend sein wird, um den Ausfall der Fahrposten zu decken.

Ferner sind aus einer Reihe von Zahlen und Zusammen-

stellungen Resultate gezogen worden, deren Wichtigkeit ich ebenfalls dahin gestellt sein lassen muß, weil ich keine Zeit gehabt habe, mich davon durch die nöthigen Vergleichen zu überzeugen.

Major v. Türkheim: Ich habe mich schon früher dahin ausgesprochen, daß ich die Wahl der Poststraße über Lörrach und Kandern, obgleich diese durch das Gut meiner Frau zieht und daher in meinem Interesse liegt, für eine unglückliche Idee halte. Denn man hat dabei einen Berg umgangen, dagegen drei andere aufgesucht. Ich muß bekennen, daß der Aufenthalt, welchen dieser Umweg veranlaßt, die Ursache ist, wie dies der Berichterstatter sehr richtig dargethan hat, daß die von Basel nach Karlsruhe Reisenden Abends erst eine Stunde nach dem letzten Bahnzug in Offenburg eintreffen, und zu übernachten genöthigt sind, was auf die Frequenz dieser Route einen nachtheiligen Einfluß übt.

Hr. v. Andlaw: Ich muß vor Allem dem Hrn. Minister für die freundliche Art und Weise danken, mit welcher er erklärte, meinen Wünschen entgegen zu kommen, insofern solche von Seite der Regierung für zweckmäßig und ausführbar erkannt werden; — mehr kann ich nicht verlangen, als die Prüfung dessen, was als vortheilhaft vorgeschlagen wird.

Ich stehe mit meiner Ansicht hinsichtlich des Umweges, welchen der Eilwagen über Lörrach und Kandern macht, nicht allein; es haben dieselbe noch Viele getheilt, wie dies so eben auch von dem Hrn. Major v. Türkheim geschehen ist. Es wird sich also darum handeln, die Vortheile und Nachtheile, welche sich an diese Straße knüpfen, gehörig abzuwägen. Ich habe mich deshalb eines Antrags enthalten, der die Abstellung dieses Verhältnisses bezweckt, und denselben nur erwähnt, um die Regierung zu einer neuen Untersuchung zu veranlassen, welcher Zug als der angemessenere zu betrachten sei. Ich glaube, daß eine Ansicht, die man häufig hört, nicht wohl als eine praktische erkannt werden kann, die Ansicht nämlich, daß man zuerst das Ganze sich organisiren lassen müsse, um sodann aus der Erfahrung zu erkennen, welche Aenderungen zweckmäßig seien, Aenderungen, wie sie durch die Eisenbahn bedingt sind. Mir scheint es, daß es der Wohlfahrt des Landes überhaupt und insbesondere den finanziellen Interessen in weit höherem

Grade entsprechen würde, wenn die bisherigen Erfahrungen in Verbindung mit der voraussehtlichen Wirkung der geänderten Verhältnisse benützt werden wollten, um sogleich die nöthigen Aenderungen und Verbesserungen eintreten zu lassen, wie sie sich im Ablauf der letzten Zeit als notwendig gezeigt haben. Mir war es daher wichtig, dasjenige, was ich theils aus eigenen Wahrnehmungen, theils aus Mittheilungen von Sachverständigen hier deponirt habe, in dem gegenwärtigen Momente auszusprechen, weil gerade der gegenwärtige Moment ein außerordentlich wichtiger ist, um über diesen Gegenstand Einrichtungen zu treffen, wie sie dem allgemeinen Besten entsprechen.

Bei diesem Anlasse muß ich noch auf einen Punkt zurückkommen, der im Commissionsberichte erwähnt ist; er betrifft die Trennung des Rohertrags, sowie der Lasten- und Verwaltungskosten der Fahrpost von der Briefpost in dem Budget der Postverwaltung. Ich habe in den neuern Verhandlungen diese Trennung weniger durchgeführt gefunden, als in den frühern. Dieselbe scheint übrigens bereits in der Rechnung zu bestehen; denn es ist z. B. bei jedem Kurs, mit welchem das Brieffelleisen befördert wird, der Briefpost ein Pferd aufgerechnet. Was die Expedition selbst betrifft, so ist die Briefpost von der Fahrpost-Expedition bei den meisten Postämtern getrennt; eine solche Trennung ist aber bei dem niedern Postpersonale, nämlich den Briefträgern u. c., nicht ersichtlich. Sollte also eine förmliche Trennung noch nicht erfolgt sein, so scheint wenig zu fehlen, um sie vollends zu Stande zu bringen.

Aus den Resultaten meiner Zusammenstellungen werden Sie gewisse Winke erkennen, die erhöhte Einnahme der Briefpost zu im Interesse des Publicums liegenden Verbesserungen hinsichtlich der Beförderung der Briefe zu verwenden und wo möglich eine Ermäßigung des Porto's zu bewirken. Ich habe dieses nicht in den Commissionsbericht aufgenommen, weil solche Bitten schon oft an die Regierung gestellt wurden.

Reg. Comm. Ministerialassessor v. Böckh: Die Trennung der Ausgaben und Einnahmen der beiden Postanstalten ist schon oft bei der zweiten Kammer zur Sprache gekommen, und die Regierung hat es nicht unterlassen, diesem Gegenstande ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Diese Einrichtung besteht

theilweise schon bei den Locallasten und Verwaltungskosten; eine Ausscheidung der allgemeinen Kosten wäre aber ganz unmöglich. Obgleich die Einnahmen zwar schon nach den verschiedenen Zweigen der Briefpost und Fahrpost in der Rechnung getrennt sind, so legt die Regierung auf diese Trennung dennoch keinen Werth, weil sie eine höchst unvollständige ist. Wollte man dieselbe so durchführen, daß sie wirklich der Wahrheit entspräche, so wäre dies mit einem außerordentlichen Zeits- und Kostenaufwand verknüpft; man müßte bei jeder Postexpedition untersuchen, in welchem Verhältniß die Ausgaben der Briefpost zu denjenigen der Fahrpost stehen. Gerade weil aber dieses Geschäft so schwierig ist, und eine solche Sichtung sich nicht als ein der Wahrheit entsprechendes Resultat darstellt, hat die Regierung es unterlassen, diese Trennung selbst im Budget vorzunehmen, weil sie nur dazu dienen könnte, über die verschiedenen Zweige der Postanstalt unrichtige Urtheile zu erzeugen.

Der Budgetcommission stehen jeweils die Rechnungen zur Einsicht offen, und die Regierungscommissäre werden immer bereitwillig den Herren Berichterstattern die erforderlichen Mittheilungen und Aufklärungen geben.

Auf verschiedene andere Bemerkungen des Hrn. Berichterstatters hat der Hr. Minister bereits bemerkt, daß die Regierung eine nähere Untersuchung darüber anstellen, und den geäußerten Wünschen die geeignete Beachtung zuwenden wird, wenn sie sich als ausführbar zeigen. Ich glaube daher, daß es jetzt nicht an der Zeit sein wird, sich darüber auszusprechen.

Frhr. v. Andlaw: Mir würde eine approximative Ausscheidung schon als sehr vortheilhaft erscheinen.

Reg. Comm. Staatsminister v. Dusch: Diese Ausscheidung ist bereits in der Rechnung geschehen, allein im Budget nicht durchzuführen, so lange die Briefpost und Fahrpost nicht gänzlich getrennt sind. Ich bedauere, daß der Frhr. v. Andlaw nicht den deßfalligen Erörterungen in der andern Kammer angewohnt hat.

Frhr. v. Andlaw: Bei den Einnahmen, Lasten und Verwaltungskosten der Zollverwaltung besteht auch eine solche Trennung. Ich glaube daher, daß unter gewissen Modificationen dieselbe auch hier bewirkt werden könnte. Ich

habe jedoch keinen Antrag gestellt, sondern diese Frage dem Ermessen der hohen Regierung überlassen.

Geh. Rath v. Red: Auch ich theile die Ansichten des Hrn. Berichterstatters in Beziehung auf die Trennung der Einnahmen und Ausgaben der Fahrpost von denjenigen der Briefpost, glaube jedoch, daß sie sich nicht ganz rechnungsgemäß durchführen lassen würde, ohne eine Arbeit herbeizuführen, die mit dem eigentlichen Zwecke im Mißverhältnisse stünde. Allein eine approximative Uebersicht des Ertrags und der Lasten jeder der beiden Postanstalten würde gewiß zu geben, und sowohl für die Kammern, als auch für die Verwaltung selbst von Nutzen sein. Es ließe sich daraus vielleicht auch die Ersehnung erklären, auf welche uns die Zusammenstellung des Hrn. Berichterstatters aufmerksam machte, und die wirklich der Aufklärung sehr bedürftig ist, die Ersehnung nämlich, daß trotz der bedeutenden Vermehrung der Correspondenz der Budgetanschlag des Reinertrags der Postanstalten sich nur auf 280,501 fl., beziehungsweise 269,738 fl. beläuft, während die Reineinnahme im Jahr 1835 sich bereits auf 264,077 fl. 56 fr. gestellt hat.

Es ist zwar seit dem Jahr 1835 eine Aenderung im Tarif der Briefposten vorgenommen worden, aber nicht in der Art, daß das Porto herabgesetzt, sondern in der Weise, daß der Tarif nach Distanzen von 2 Stunden regulirt worden ist. Es dürfte daher diese Abänderung keinen nachtheiligen Einfluß auf den Ertrag des Porto's geübt haben.

Ich kann mir demnach diese verhältnismäßige Verminderung der Einnahmen nur daraus erklären, daß die Fahrpost weniger, als in frühern Zeiten abwirft, und noch bedeutende Zuschüsse aus den Erträgen der Briefpost erfordert. Dies ist ein Punkt, der in hohem Grade die Aufmerksamkeit der Regierung verdient, weil es nicht im Interesse der Steuerpflichtigen liegen kann, mit so großem Aufwande die Beförderung der Reisenden zu übernehmen. Ich gebe zu, daß im Interesse des Verkehrs mancher Curs eingeführt werden muß, der sich nicht vollständig rentirt; allein ich glaube nicht, daß im Allgemeinen die Dyer so unverhältnismäßig groß sein dürfen. Ist dieses der Fall, so liegt entweder der Grund dazu in der Art und Weise der Verwaltung oder in einer geringen Frequenz, welche dem häufigen Gang der Posten nicht entspricht.

Ich beschränke mich auf diese wenigen Bemerkungen zu den Andeutungen des Hrn. Berichterstatters.

Oberforstrath v. Gemmingen: Der Berichterstatter will die Kräfte der Pferde zu stark in Anspruch genommen wissen, indem er denselben auch noch eine beladene Rückfahrt zumuthet. Ich bin nicht der Ansicht, daß die mit einem Eilwagen angekommenen Pferde sogleich wieder zu einer Retourfahrt benützt werden können, denn wir haben den Schlag Pferde, welche solche Anstrengungen auszuhalten vermögen, nicht. Wenn sich der Hr. Berichterstatter für diese Einrichtung auf Frankreich und Belgien beruft, so hat er übersehen, daß die dortigen Stationen bedeutend kürzer, als die unsrigen sind.

Fhr. v. Andlaw: Ich hoffe allerdings, daß eine Einrichtung dieser Art auf unsere Pferdecultur nützlich einwirken wird; die nothwendige Folge davon wird sein, daß man bessere und stärkere Pferde anschafft, als es bisher der Fall gewesen ist. Es wird auch darin eine Dekonomie liegen, indem ein häufiger Wechsel von schlechten Pferden theurer zu stehen kommt, als der längere Gebrauch guter Pferde. Eine Thierquälerei wird gegenwärtig in höherem Grade bestehen, als bei dem Zustande, welchen ich wünsche. Ich erlaube mir übrigens auf die vortreffliche Race der Pferde in der Baar und der Hard aufmerksam zu machen, welche nach dem Ablauf der ersten Jugend zu dem erwähnten Zwecke ungemein brauchbar sind.

Fhr. v. Rüd: Zu den verschiedenen Bemerkungen des Hrn. Berichterstatters muß ich noch hinzufügen, daß ein ähnliches Verhältniß, wie bei dem Curs von Basel nach Karlsruhe, hinsichtlich der Verbindung des Würzburger Eilwagencurses und des Eisenbahncurses stattfindet; denn jetzt braucht der Reisende trotz der schnelleren Beförderung mit der Eisenbahn von Würzburg nach Karlsruhe 5 Stunden mehr, als früher.

Reg. Comm. Staatsminister v. Dusch: Es beruht dies auf demselben Grunde, den ich schon angeführt habe, nämlich auf dem Vertragsverhältniß mit auswärtigen Regierungen, was aber seiner Zeit abgeändert werden wird.

Fhr. v. Andlaw: Diejenigen, die nach München und Wien reisen wollen, verlassen Abends Freiburg, und gelangen den andern Morgen in der Frühe nach Stockach, wo sie bis

Nachmittags bleiben müssen; dies schwächt die Frequenz dieser Route außerordentlich.

Zu den übrigen Titeln der Postverwaltung wird nichts bemerkt, und das Budget derselben für 1844 und 1845 genehmigt.

Hierauf berichtet Hr. v. Andlaw,

2) über das Budget der Eisenbahnbetriebsverwaltung.

Beil. Nr. 251.

Die Kammer beschließt unter Zustimmung der Regierungskommission die Discussion darüber in abgekürzter Form.

Prälat Hüffel: Im Allgemeinen wird man der Eisenbahnverwaltung sowohl hinsichtlich der Ordnung als der Höflichkeit der Diener gewiß volle Gerechtigkeit widerfahren lassen. Nur ein Mißstand ist nicht nur von mir, sondern auch von Andern empfunden worden, und dieser betrifft das Zurückgeben des Gepäcks nach Ankunft der Eisenbahn. Insofern nur wenige Personen auf derselben fahren, ist es leicht, sich sein Gepäck zu verschaffen; wenn aber der Andrang groß ist, so kommt man in Verlegenheit, bis man sein Gepäck aus dem Getümmel auf die Omnibus bringt, abgesehen von dem Aufenthalt, der dadurch entsteht.

Ich glaube nun, daß von Seiten der Direction etwas geschehen dürfte. Es sollte nach meiner Ansicht das Gepäck geradezu von der Post an den Adressaten besorgt werden, ohne daß er Ursache hat, sich beim Heraussteigen um etwas zu bekümmern. Das Gepäck müßte freilich mit Namen und Wohnort bezeichnet sein. Dadurch würde eine Menge von Unannehmlichkeiten vermieden werden, denen man bisher ausgesetzt war.

Reg. Comm. Ministerialassessor v. Böckh: Eine solche Einrichtung würde mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden sein, ohne Zweifel bedeutende Kosten für die Postverwaltung veranlassen, den Reisenden, welche ihr Gepäck bald in Empfang zu nehmen oder unter ihrer Aufsicht zu behalten wünschen, nicht einmal angenehm, und überhaupt unausführbar sein, da die meisten Reisenden nicht im Stande sind, zu bestimmen, wo sie in einer ihnen fremden Stadt ihre Wohnung nehmen werden.

Prälat Hüffel: Der Fall wird selten vorkommen, daß ein Reisender nicht weiß, in welchem Gasthof er logiren wird. Was die Kosten betrifft, so wird sie der Reisende gerne bezahlen,

um von der Unannehmlichkeit befreit zu sein, eine halbe Stunde auf sein Gepäck warten zu müssen und dann doch nicht zu wissen, ob er in den rechten Omnibus kommt, der ihn an den Bestimmungsort bringt, weil diese Wagen nur in die bestimmten Straßen fahren. Ich begnüge mich indessen, die Sache nur angeregt zu haben, ohne einen Antrag zu stellen.

Oberforstrath v. Gemmingen: Der Vorschlag des Hrn. Prälaten ließe sich etwa dahin modificiren, daß die Postverwaltung nur in dem Falle die Sorge für die Zustellung des Gepäcks übernehmen möge, wenn dieses eine vollständige Adresse trägt.

Reg. Comm. Staatsminister v. Dusch: Solche Einrichtungen müssen doch ihre großen Schwierigkeiten haben, da sie meines Wissens auf keiner Eisenbahn bestehen. Die Masse von Gepäck ist so außerordentlich groß, daß sich die Postverwaltung, wollte sie die Zustellung desselben übernehmen, eine ungeheure Verantwortlichkeit aufbürden würde. Hiezu kommt, was schon erwähnt wurde und nicht zu bestreiten ist, daß die meisten Reisenden, welche aus der Ferne herkommen, durchaus nicht wissen, in welchen Gasthöfen sie absteigen werden; sie erkundigen sich meistens erst unterwegs. Auch ändern viele Reisende ihren in dieser Beziehung gefaßten Entschluß. Die vorgeschlagene Einrichtung würde daher zu großen Verwicklungen führen. Uebrigens ist die Bemerkung richtig, daß die Reisenden bei dem Rückempfang des Gepäcks sehr genirt sind, und oft eine Viertelstunde — aber wohl nicht länger — auf dasselbe warten müssen.

Major Hr. v. Türkheim: Zu gewöhnlichen Zeiten ist die Empfangnahme des Gepäcks mit keinen großen Schwierigkeiten verknüpft, wohl aber zu Zeiten, in welchen eine große Menge von Menschen an einer Station aussteigt. Ich glaube jedoch nicht, daß die Post eine Einrichtung treffen kann, die sie nur etwa alle 5 Tage und dann oft vielleicht in dreifachem Maße, als gewöhnlich, nöthig hat. Ich würde es für zweckmäßiger halten, wenn man die Effecten auf dem Eisenbahnbureau deponiren und gegen Abgabe des Scheines abholen lassen könnte.

Prälat Hüffel: Das ist es, was ich beabsichtige; ich habe meine Erfahrungen bloß im Auge gehabt, wo der Aufenthalt theilweise länger als $\frac{1}{2}$ Stunde gedauert hat.

Reg. Comm. Ministerialassessor v. Böckh: Es ist den Reisenden bereits gestattet, ihr Gepäck auf dem Eisenbahnbureau gegen Entrichtung eines kleinen Lagergeldes auf kurze Zeit niederzuliegen.

Frhr. v. Andlaw: Ich gestehe, daß die erwähnten Unannehmlichkeiten in vielen Beziehungen groß sind; allein ich glaube, sie liegen in der Natur der Dinge, und muß zu Ehren unserer Administration sagen, daß ich solche Unannehmlichkeiten auf den vielen Eisenbahnen, die ich besuchte, in einem höheren Maße, als bei uns, vorgefunden habe. Wenn man die Neuheit der Sache und die noch nicht vollendeten Bauten ins Auge faßt, so muß man sich wirklich wundern, daß der Eisenbahndienst ohne erhebliche Anstände geführt wird. Die Betrachtungen des Hrn. Prälaten werden also in keiner Weise eine Abänderung zu bewirken geeignet sein; es muß Sache des Reisenden bleiben, auf der Eisenbahn sich mit so wenig Gepäck, als möglich, zu versehen.

Geh. Rath v. Reck: Auf der Rückseite der Fahrbillets, welche man löst, heißt es, daß man das Gepäck eine kurze Zeit auf dem Eisenbahnbureau liegen lassen könne, was ich zur Beruhigung des Hrn. Prälaten bemerke.

Zu diesen Desiderien habe ich ein weiteres beizufügen. An Tagen nämlich, wo der Zudrang zur Eisenbahn sehr groß ist, hält es schwer, allen Denjenigen, welche Billete zu erhalten wünschen, solche abzugeben. Daher entstehen oft tumultuarische Austritte und Schlägereien unter den Reisenden, welche die dritte Wagenklasse oder die Stehwagen benützen wollen, und befürchten, nicht mehr befördert zu werden.

Ist die Unannehmlichkeit schon groß bei der Ausstellung der Billete, so ist sie noch größer bei der Abwägung des Gepäcks; daher es kommt, daß einzelne Reisende häufig entweder ohne Gepäck fortfahren, oder zurückbleiben müssen. Diesem Uebelstande würde vielleicht dadurch, daß die Billets einige Stunden vor der betreffenden Fahrt gelöst werden können, abgeholfen sein.

Reg. Comm. Staatsminister v. Dusch: Die Admini-

stration hat diesem Gegenstand in neuester Zeit ihre Aufmerksamkeit gewidmet; ich kann daher die beruhigende Versicherung geben, daß diesem Uebelstande in Bälde abgeholfen werden wird, und zwar durch die Einrichtung, daß die Billets längere Zeit voraus und an verschiedenen Orten gelöst werden können.

Reg. Comm. Ministerialassessor v. Böckh: Die Einrichtung, daß mehrere Stunden vorher Billete gelöst werden können, besteht eigentlich schon, jedoch mit der Beschränkung, daß eine halbe Stunde vor Abgang eines bestimmten Zuges kein anderes Billet, als für diesen Zug, ausgegeben werden darf.

Das Publikum hat übrigens von dieser Anordnung sehr wenig Gebrauch gemacht. Es wird in kurzer Zeit auch noch die weitere Erleichterung eintreten, daß, wie der Herr Minister bereits bemerkt hat, die Fahrbillets nicht nur für eine bestimmte Fahrt, sondern für einen bestimmten Tag ausgestellt und gelöst werden können; dadurch wird vielen Klagen abgeholfen werden, indem ein gleichzeitiger Andrang der Reisenden weniger häufig stattfinden wird.

Die allgemeine Discussion wird hierauf geschlossen und die specielle eröffnet. Die einzelnen Titel des Budgets der Eisenbahnbetriebsverwaltung werden dem Commissionsantrag gemäß ohne Bemerkung genehmigt.

Frhr. v. Andlaw berichtet endlich

3) über das außerordentliche Budget des Großhaujes und der auswärtigen Angelegenheiten.

Beil. Nr. 252.

Bei der in abgekürzter Form eröffneten Discussion wird der Commissionsantrag auf unveränderte Annahme dieses Budgets ohne Bemerkung von der Kammer genehmigt, und somit die heutige Sitzung geschlossen.

Zur Beurkundung.

Der Secretär:

Karl Frhr. v. Göler.